

Haushaltsrede für den Haushalt 2023

Der Haushalt für das Jahr 2023 ist ein Haushalt voller Gegensätze. Einerseits haben wir anhaltend hohe Steuererträge, andererseits werden uns diese zum einem Großteil vom Umlageverband Oberbergischer Kreis und Landschaftsverband Rheinland weggenommen.

Nicht mehr lang und die Kreisumlage übersteigt das, was wir mit unseren eigenen Steuereinnahmen erwirtschaftet haben.

Was sind die Ursachen für die Steigerungen zum Beispiel der Kreisumlage?

Da gibt es einerseits die pflichtigen Aufgaben, für die wir alle dankbar sind. Freiwillige Aufgaben sind an der Stelle nur in geringem Umfang zu verzeichnen. Aber bei dem weiteren Aufbauen des Personalhaushaltes des Kreises fragt man sich schon, ob hier ein echter Sparwille vorhanden ist.

14,75 Stellen mehr gibt es für den Kreis, die nicht mit neuen Standards oder neuen Aufgaben verbunden sind. Das sind ziemlich genau 14,75 Stellen mehr, als die Stadt Bergneustadt neu schaffen kann. Wir können uns keine einzige Stelle mehr leisten.

Aber auch der Kreis selbst ist ein Umlageverband. Er muss einen Teil seiner Einkünfte – sehr geehrte Damen und Herren, das sind unsere Einkünfte – an den Landschaftsverband Rheinland abgeben. Der sitzt zwar im nahen Köln, ist für viele aber weit, weit weg aus der kommunalen Betrachtung. Und wenn man sich dessen Haushalt anschaut, entdeckt man auch nur eines: Kostensteigerung! Auch in den freiwilligen Bereich! Eines entdeckt man aber nicht: Sparbemühungen.

Nach meiner Kenntnis sind 7 oberbergische Kommunen bereits im HSK oder fallen 2023 in dieses, 6 weitere erreichen den Haushaltsausgleich auch nur fiktiv, in dem sie ihr Eigenkapital verzehren. Diese Umlagen haben für die Kommunen eine finanziell erdrosselnde Wirkung.

Vielleicht ist es an der Zeit, dass sich der Landschaftsverband einzig auf seine vorgeschriebenen Aufgaben konzentriert und diese mit einer absoluten Haushaltsdisziplin erfüllt. Vielleicht wäre es auch gut, wenn für Landkreise und Landschaftsverbände mal ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt würde. Daher kann ich feststellen, dass die Umlageverbände auch ursächlich sind für unsere finanzielle Misere. Wenn das so weitergeht, bedeutet das den Tod für die kommunale Selbstverwaltung.

Eine kleine Vorausschau:

In nicht allzu ferner Zukunft zur Zeit der Haushaltsberatungen der Kommunen, stapfe ich durch den tiefen Schnee des städtischen Zentralfriedhofs. Es ist dunkel, der Weg ist nicht geräumt. Die Beleuchtung wurde schon vor mehr als einem Jahr abgestellt, das Personal für den Zentralfriedhof konnten wir auch nicht mehr bezahlen. Es ist kalt, sehr kalt.

Nach einiger Zeit stehe ich am Grab unseres städtischen Haushaltes

Stadt Bergneustadt

Geboren im Jahr 1301

Umgelegt im Jahr 2024

In dieser Vorausschau war es recht finster, das liegt ggf. nicht nur an der Kreisumlage, sondern auch an explodierenden Energiekosten.

Die Energiekrise hinterlässt deutlichste Spuren in diesem Haushalt. Planungssicherheit gibt es für uns nicht. Kommt der Energiepreisdeckel? Gilt er dann auch für Kommunen?

Ach nee, die Kommunen könnten sich ja selbst ganz gut versorgen. Photovoltaik ist das Zauberwort der Stunde. „Liebe Kommunen, baut doch einfach so viel Photovoltaik überall dahin, wo ihr könnt.“ Hört man verschiedentlich. In einigen Ostdeutschen Bundesländern funktioniert das auch ganz gut.

Da macht aber das Land NRW nicht so mit. Denn in NRW liegt die Planungshoheit ja nicht wirklich bei der Kommune, sondern beim Land, genauer bei der Bezirksregierung. Aber wenn man sich die Regionalplanung so anschaut könnte man meinen, dass je weiter weg eine Kommune von Köln liegt, desto weniger braucht die Kommune Flächen für Wohnen, Gewerbe oder Photovoltaik.

Letztlich könnte das Land das auch einfach regeln. Photovoltaik könnte doch auf Kalamitätsflächen erlaubt werden...Nun denn, die Ministerin hat ja Änderungen angekündigt. Warten wir das mal ab.

Neben der Rezession, der Energiekrise steht uns aber noch eine ganz andere Aufgabe bevor: Die Aufnahme von Flüchtlingen. Nach wie vor ist die Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen, insbesondere von Familien mit Kindern groß. Der Ukrainekrieg scheint kein schnelles Ende zu nehmen, die Balkanroute ist wieder löchrig und unsere Bundesinnenministerin hat die

russischen Kriegsdienstverweigerer vollmundig zur Asylantragsstellung nach Deutschland geladen.

Und wie sollen das Kommunen nun schaffen? Der Wohnraum ist erschöpft. Fangen wir wieder mit Turnhallen an? Werden Zeltstädte gebaut? Ach ja, die Bundesimmobilien werden zur Verfügung gestellt.... Vielleicht finden wir ja in Bergneustadt noch welche, die wir zu Wohnraum umfunktionieren können.

Was mit alleinreisenden Männern 2015 noch funktioniert hat, funktioniert nicht mit Familien.

Nun soll das hier nicht die Abrechnung mit der Bundes- und Landespolitik werden. Aber wir baden hier vor Ort aus, was andere verursachen. Und dafür werden wir weder mit Personal, noch mit Geld ausgestattet. Das Konnexitätsprinzip funktioniert nicht. SPD-Bürgermeister Stefan Keil aus Bergisch Gladbach hat es vor einigen Tagen gut auf dem Punkt gebracht.“ Bund und Land müssen mehr für uns tun, operativ und finanziell. Finanziell sofort!“

Aber es scheint so zu sein, dass wir Kommunen die eierlegenden Wollmichsäue sind, die alles schultern können.

Und ehrlich gesagt würde ich das auch gerne schultern, aber das wird nicht so funktionieren, wenn die Gemeindefinanzierung nicht funktioniert.

Eingangs sagte ich, dass das ein Haushalt von vielen Gegensätzen wird. Das sehen wir insbesondere bei der Entwicklung der Altstadt, der Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten.

Es gehört ehrlichkeitshalber dazu zu sagen, dass uns das Land in dieser Beziehung nicht allein lässt. Für den Bund und die EU, die schließlich Programme mitfinanzieren, gilt das gleich.

Fördermittel flossen und fließen reichlich und es hat sich gezeigt, dass jeder Euro der Städtebauförderung vielfach durch daran anschließende private Investitionen getoppt wurde. Die Unterstützung aus dem RWP ist für uns Gold wert.

Wir haben also kaum Geld im kommunalen Haushalt und trotzdem entwickeln wir uns weiter.

Das erste Wohnbaugebiet ohne einen einzigen Euro städtisches Investment entwickeln wir gerade auf dem Hackenberg. Eine innovative und kreative Methode um Wohnraum zu schaffen wie ich finde.

Und nun liegt es an Ihrer Schwarmintelligenz in den Fraktionen, den Haushaltsentwurf zu durchleuchten, Kreativität zu zeigen, Ideen zu entwickeln, sehr gerne dazu, wie Kosten eingespart werden können. Ich wünsche Ihnen in unser aller Sinne viel Erfolg dabei und selbstverständlich steht die Verwaltung für die Beratungen zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.